

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinderbeilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbstabholer 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 - Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. - **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfa., bei Hauptvorschrift 40 Pfa., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfa., bei Hauptvorschrift 50 Pfa., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zwischengeschäfte und alle Postämter entgegen

Die kritische Lage der Italia-Befahrung

In drei Gruppen zerrissen Geringe Aussichten auf Hilfe

Im Triest, 11. Juni.

Ein heute nacht aufgegebenes amtlicher Bericht gibt Aufschluss über den dramatischen Unfall, der den Rückflug der Italia zur Basis in Kingsbay plötzlich unterbrach. Man erfährt daraus, daß, als das Luftschiff in eine Entfernung von sechs Meilen östlich von der Fohn-Insel gelangt war, plötzlich beim Landen der Ballon sich von der Gondel trennte und während die Gondel auf dem Eis landete, der Ballon, auf dessen Quers- und Längsbalken sich 7 Mann der Besatzung befanden, etwa 30 Kilometer in östlicher Richtung verschlagen wurde, wo er dann niederging. Wie die Blätter berichten, mußte das italienische Hilfsluftschiff S 55 wegen schlechten Wetters bei Unon in Südbankreich niedergehen.

Im Oslo, 11. Juni.

Montagmittag hat die hiesige italienische Gesandtschaft eine neue Meldung der Citta di Milano erhalten, nach der die Mannschaft der Italia bei der Landung auf dem Treibeis in drei Gruppen getrennt worden ist.

Die mittlere Gruppe, bei der sich Robile selbst befindet, besteht aus 7 Mann. Zwei Leute dieser Gruppe sind verletzt, einer von ihnen hat ein gebrochenes Bein. Die zweite Gruppe besteht aus 2, die dritte aus 3 Mann, letztere haben keine Verbindung mit den übrigen und verfügen weder über Nahrungsmittel noch über Polarkleidung. Die drei Leute haben den Versuch gemacht, zu Fuß Kap Smith zu erreichen; wo sie sich jetzt befinden, ist unbekannt. Die Funksprüche der Italia sind bedeutend schwächer geworden und enthalten jetzt nur noch kurze Vorgebete. Man nimmt an, daß der Akkumulator der Kurzwellenstation in einigen Tagen erschöpft sein wird. Seit Freitag ist die verunglückte Mannschaft der Italia um 2 Kilometer nach Osten abgedrückt worden. Die Lage erscheint außerordentlich kritisch, da man befürchtet muß, daß die Strömung das Eis zwischen Spitzbergen und Franz-Joseph-Land in die offene See hinaustreibt. Hilfeleistung ist ohne starken Eisbrecher oder ein großes Ballerflugzeug so gut wie ausgeschlossen. Amundsen hat seinen amerikanischen Freunden telegraphisch mitgeteilt, daß eine Dornier-Wal-Maschine in Deutschland startbereit sei. Es müsse sofort

eine Entscheidung getroffen werden, wenn die Hilfsexpedition nicht zu spät kommen solle. Das Eintreffen des italienischen Fliegers Major Maddalena wird hier mit großer Ungeduld erwartet. Leutnant Holm und sein Mechaniker sind von der Hobby aus, die bei Verlegen Hook liegt, zu einem Flug nach der Ostküste gestartet. Am Vormittag traf in Kingsbay die Nachricht ein, daß sie bei Rosselban verunglückt auf dem Eis gelandet sind. Kapitän Riser Larsen und Vikom-Holm wollen sobald wie möglich in östlicher Richtung weiterfliegen.

SPD Berlin, 12. Juni (Radio).

Die Citta di Milano hat nach der Meldung eines Berliner Blattes am Montagabend folgende funktentelegraphische Nachricht an die in drei Teile zersprengte Besatzung der Italia gerichtet:

Teile Euch mit, daß von Italien ein Hydroplan S 55 mit Maddalena abgegangen ist. Morgen geht ein Dornier-Wal mit Major Peno ab. Von Archangel ist ein russischer Eisbrecher mit zwei Apparaten unterwegs. Ein anderer großer russischer Eisbrecher ist zur Abreise fertig. Eine schwedische Expedition mit drei Apparaten Unterstützung ist nach Kingsbay unterwegs. Die Hobby ist erst jetzt bei Govere und Banga irigeworden mit Larsen und zwei kleinen Apparaten. Wir hoffen, sie wird soweit östlich vorbringen können, daß Larsen einen Flug ausführen und jeden Augenblick bis zu Euch gelangen kann. Die Hobby hat zwei Hundegespanne. Erfülle Deine Pflicht. Herzlichen Gruß von Mailand zu übermitteln. Wir bitten jetzt die folgenden von der italienischen Regierung gewünschten Angaben zu liefern: 1. die Namen der drei, die auf das Land zu marschieren, den Tag und den Punkt ihres Abmarsches und Angaben, ob bewaffnet und für wieviel Tage Lebensmittel. 2. Den Namen des Gelehrten, der bei Euch ist. 3. Die Namen der Verwundeten und ihren Zustand. Eure Position am heutigen Tage. Wir empfehlen Euch kurze Antworten, um mit Euren Akkumulatoren zu sparen. Wir versichern, daß alles, was möglich ist, von uns mit ganzem Herzen und ganzer Seele geschieht. Citta di Milano.

Die Mannschaft der Italia hat inzwischen der Citta di Milano nochmals ihre genaue Positionsbestimmung übermittelt. Es bleibt danach dabei, daß sich die Mannschaft 40 bzw. 30 Kilometer östlich der Insel Fohn befindet und zwar nicht nur in zwei, sondern in drei Teile zerrissen ist.

Proletarische Politik!

Von A. Gurland.

Im Anschluß an den für die Kommunisten sehr ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 gab die Kommunistische Internationale durch ihren damaligen Vorsitzenden Sinowjew die Parole aus, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken, um den immerhin der Partei noch verbliebenen Einfluß auf die Massen organisatorisch zu verankern. Nach dem günstigen Ergebnis vom 20. Mai ist die Lehre, die die Kommunisten ziehen, die gleiche. Die KPD sieht ein, daß der Massenauflauf bei den Wahlen noch kein Beweis für die Anhänglichkeit der Wählerschaft ist, und gibt die Anweisung heraus, auf dem Boden des gewerkschaftlichen Kampfes die Offensive gegen die Sozialdemokratie erneut aufzunehmen. In einer Wahlbetrachtung des KPD-Vorsitzenden Thälmann heißt es (rote Fahne vom 23. Mai):

„Gerade jetzt, nach den Wahlen, ist für uns die Situation günstiger als zuvor. . . Jetzt heißt es, tiefer hinein in die Massen, jetzt heißt es, den gelockerten Boden tiefer bearbeiten. Der Gewerkschaftskampf, ist der Punkt, wo wir einsehen, wo wir die Auswirkungen der reformistischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik, der Politik des Aufbaus der Wirtschaft und der Staatserhaltung für alle Arbeiter sichtbar demonstrieren können und zugleich durch unsere aktive Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, durch unsere Taten der Auslösung und Führung der notwendigen Kämpfe beweisen, daß allein die von uns vorgeschlagenen revolutionären Kampfmethoden den Arbeiterinteressen dienen.“

Nach dem großen Wahlerfolg vom 20. Mai, der nach unserm Dafürhalten am allerwenigsten auf die Aktivität und Festigkeit des kommunistischen Parteiapparates zurückgeführt werden kann, müssen die Kommunisten erst recht zur Weiterführung ihrer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik greifen, wilde Kämpfe „auslösen und führen“, um den Massen, die ihnen am 20. Mai zugeströmt sind, einen Beweis zu liefern, daß die Taten der Kommunisten doch etwas wesentlich anderes seien als das Gerede der wackeligen Sozialdemokratie. Denn tatsächlich kam der Wahlerfolg den Kommunisten ziemlich unverhofft, und er kam vor allem dort, wo die Kommunisten ihn gar nicht erwartet haben; dort aber, wo die Kommunisten von den Inflationswahlen her gewöhnt waren, Zehntausende von Stimmen aus den Ferkeln zu schüttern, blieben die Erfolge aus. Und ausgerechnet in jenen Bezirken, wo die gegen sozialdemokratische Regierungen gerichtete Einheitsfrontpolitik die Sozialdemokratie zugrunde richten soll, ist die KPD, nicht die SPD lautstarkgegangen: siehe Braunschweig, siehe Mecklenburg. Besonders charakteristisch ist schließlich, daß in dem einzigen Wahlkreis, dem Herr Dengel von dem Wahltag attestiert hat, daß der Bezirksparteiparat gut funktioniert habe — im Wahlkreis Pfalz — die KPD einen fühlbaren Verlust zu verzeichnen hat. Dies alles deutet darauf hin, daß die Kommunisten ihren Wahlerfolg weniger der Wirksamkeit ihres organisatorischen Apparates zu verdanken haben als vielmehr der radikalisierten Stimmung der früher von der Sozialdemokratie organisatorisch erfassen Massen:

Das aber muß uns Sozialdemokraten zu denken geben. Eine nähere Betrachtung des Wahlergebnisses, soweit es die relative Stärke der beiden Arbeiterparteien veranschaulicht, bestätigt nur zu deutlich die oben skizzierten Ergebnisse. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, daß für die Lehren, die wir aus dem Wahlergebnis zu ziehen haben, nicht die absoluten Gewinne oder Verluste der Sozialdemokratie oder der KPD entscheidend sind. Die Gesamtstimmenganz der beiden Arbeiterparteien ist im Reichsmaßstab gegenüber den früheren Wahlen beträchtlich gestiegen, und es kommt eben darauf an, wie sich die für die beiden Parteien abgegebenen Stimmen auf SPD und KPD verteilen. Die relative Stärke der KPD, gemessen an den für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen, muß nach Bezirken getrennt die Wurzeln des Wahlerfolgs aufweisen und uns zeigen, was getan werden muß. Das sich hierbei ergebende lehrreiche Bild veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Es wurden abgegeben auf je hundert sozialdemokratische Stimmen

Im Wahlkreis	Kommunistische Stimmen		
	am 4. Mai 1924	am 7. Dez. 1924	am 20. Mai 1928
1. Ostpreußen	76	39	35
2. Berlin	95	59	62
3. Potsdam II	73	41	57
4. Potsdam I	72	40	49
5. Frankfurt an der Oder	34	15	18
6. Pommern	46	22	20
7. Breslau	25	10,5	12
8. Liegnitz	22	10	11
9. Oppeln	500	180	102
10. Magdeburg	32	12,5	17
11. Merseburg	186	120	103
12. Thüringen	70	46	37,5
13. Schleswig-Holstein	42	22	22
14. Weiser-Emo	37,5	18	17
15. Osthannover	37	10	17
16. Südhann.-Braunschweig	27	13	7,6
17. Westfalen-Nord	54,5	25	30,5

Reichsregierung zurückgetreten

Im Berlin, 12. Juni.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat heute 9,45 Uhr Reichszangler Dr. Marx empfangen, der ihm das Rücktrittsgesuch des Reichskabinetts unterbreitete. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt an. Um 10 Uhr wird der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken vom Reichspräsidenten empfangen.

Hermann Müller beauftragt

Im Berlin, 12. Juni.

Der Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, Franken, und erteilte ihm den Auftrag, die Verhandlungen für die Regierungsbildung offiziell zu beginnen. Hermann Müller nahm den Auftrag an.

Koalitionsverhandlungen in den Ländern

Der neugewählte anhaltische Landtag trat am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte das Präsidium. An Stelle des in den Reichstag gewählten bisherigen Präsidenten Peus wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Pauli mit 28 von 35 Stimmen zum 1. Präsidenten gewählt. Die Wahl der Vizepräsidenten entfiel auf den Abgeordneten Dr. Georgs (Deutsche Volkspartei) und Dr. Kraatz (Landbund). Die Regierungsbildung konnte noch nicht vollzogen werden, weil die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Vor der Präsidentenwahl erklärt der Redner der Kommunisten, daß seine Partei am Montagvormittag mit den Sozialdemokraten über die Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung verhandelt habe. Die Sozialdemokraten hätten sich hierbei den Forderungen der Kommunisten nicht verschlossen; die Verhandlungen seien schließlich an der Frage der Wahl des Landtagspräsidenten gescheitert.

Von rechtsstehenden Parteigruppen ist ein Antrag auf Aenderung der Verfassung eingebracht worden, nach dem die Zahl der Staatsminister von drei auf einen vermindert und dem Ministerium ein parlamentarischer Beirat zur Seite gestellt werden soll. Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, die sofortige Berufung eines Spartenkommissars in die Wege zu leiten, der unverzüglich dem Landtage entsprechende Vorschläge über die Möglichkeit von Ersparnissen im Staatshaushalt zu unterbreiten hätte.

In Oldenburg fanden unverbindliche Besprechungen zwischen Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten statt, die eine Aussprache über die Möglichkeiten künftiger Regierungsbildung in Oldenburg zum Ziele hatten. Die Besprechungen werden fortgesetzt. Es zeigte sich, wie der Demokratische Zeitungsdienst berichtet, die Meinung des Zentrums, die große Koalition auch für Oldenburg zu empfehlen, es wurden aber auch andere Möglichkeiten erörtert.

Für die Amnestie!

SPD Berlin, 12. Juni (Radio).

Eine unter Führung der Sozialdemokratie stehende Reichsregierung wird voraussichtlich sofort nach ihrem Antritt der Geschäfte mit den Länderregierungen zur Erörterung über eine baldige Amnestie in Verbindung treten. Es sollte selbstverständlich sein, daß — wie es die Sozialdemokratie wünscht — gemeine Verbrecher von dieser Amnestie ausgeschlossen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

SPD Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat Montag nachmittag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Er besteht aus Hermann Müller-Franken und Dittmann als geschäftsführende Vorsitzende, Henke, Scheidemann und Wels als weitere Vorsitzende, Dr. Herz als Sekretär und Aufhäuser, Breitscheid, Crispian, Grahmann, Hildenbrand, Dr. Hildebrand, Frau Fischer, Lobe, Schumann-Frankfurt und Stampfer.

Nach einem Referat von Hermann Müller-Franken und einer kurzen Aussprache erklärte sich die Fraktion damit einverstanden, daß Hermann Müller-Franken eine Berufung des Reichspräsidenten zur Bildung der Reichsregierung annimmt und die entsprechenden Verhandlungen mit den dafür in Betracht kommenden Parteien einleitet.

Primos Wunsch

SPD Paris, 12. Juni (Radio).

In einer Presseerklärung kündete General Primo de Rivera, dem Beispiel seines großen Vorbildes Mussolini folgend, an, daß er noch mindestens 5 Jahre am Ruder bleiben müsse. Spanien könne noch nicht demokratisch regiert werden. Es bedürfe aus politischen Gründen noch für längere Zeit einer starken Hand.